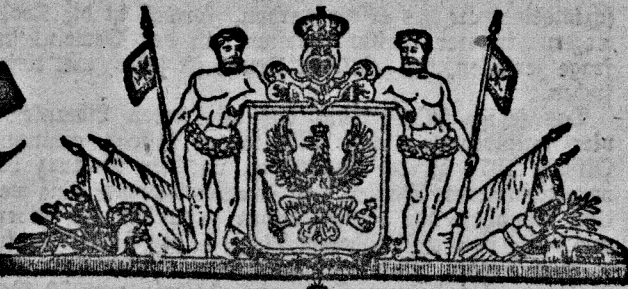


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtage nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Vorlesungstabelle, Kurzzettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatl. 7,50 M., durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus; durch die Post 5.- M. (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 2.- M. u. 70% Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 1,25 M netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, and in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 851, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

## Die neuen Mindest-Erntepreise

Aufrechterhaltung der Brotzation.

Der Ausschuss der Nationalversammlung für Volkswirtschaft beschäftigte sich in seinen letzten Sitzungen mit der neuen Preisordnung für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1920. Der Preis für die Tonne Weizen (Mindestpreis) soll nach der Regierungsvorlage auf 1100 M. pro Tonne gebracht werden, Roggen auf 1000 M. und Kartoffeln auf 500 M. pro Tonne. Dazu lagen von demokratischer Seite Anträge vor auf Erhöhung des Preises auf 1200 bzw. 1100 M. von den Deutschnationalen solche auf Erhöhung des Weizenpreises auf 2000 M. pro Tonne und des Roggenpreises auf 1800 M. pro Tonne. Vom Zentrum lag der Antrag vor, zunächst die Sätze der Regierungsvorlage zu belassen, die endgültige Preisfestsetzung bei Beginn der Ernte vorzunehmen und dabei die bis dahin entstehenden Produktionskosten zu berücksichtigen.

Der Reichswirtschaftsminister ersuchte die Vorlage in der vorgeschlagenen Form anzunehmen, auch deshalb, weil sonst der Reichsrat sich aufs neue mit ihr beschäftigen müsste und die Vorlage dann zu spät herauskäme. Die Vorlage lasse auch die Berücksichtigung steigender Produktionskosten zu, da hier Mindestpreise vorgesehen seien. Die Preisberechnung der Regierung sei im Benehmen mit Sachverständigen der Landwirtschaft erfolgt. Unangenehm wäre es ihm gewesen, wenn die Städte mit landwirtschaftlichen Betriebszweigen Produktionskostenberechnungen geliefert hätten. Konjunkturpreise würden auch für die Landwirtschaft ruind wirken, indem sie eine Bodenpreissteigerung bewirkten, durch die dann bei Wiedereintritt normaler Verhältnisse die Landwirte in eine üble Lage kämen. Der Minister äußerte sich dann weiter unter Heranziehung von Beispielen auch aus dem Auslande gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft für die wichtigsten Lebensmittel und Gebrauchsartikel. Ohne die öffentliche Bewirtschaftung wäre nicht anzukommen und ihre Beseitigung würde unabsehbare Folgen haben. Die Regierung müsse die Verantwortung für die Aufhebung der Zwangswirtschaft ablehnen. Mit Hilfe sehr teurer ausländischer Lebensmittel werde es möglich sein, die jetzige Brotzation bis zur neuen Ernte aufrecht zu erhalten.

In der Abstimmung wurde der Antrag der Deutschnationalen mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt, der demokratische Antrag zurückgezogen und der Zentrumsantrag mit großer Mehrheit angenommen. Die dadurch etwas geänderte Vorlage wurde in der Gesamtstimmung gegen die 4 Stimmen der Deutschnationalen und des Unabhängigen angenommen.

## Die übermäßige Vermehrung der Beamtenzahl.

Aus der Sitzung des Reichsrates.

In der öffentlichen Sitzung des Reichsrates vom 4. wurde bei der Beratung des Etats des Reichsjustizministeriums die Frage erörtert, wie dem fortgesetzten weiteren Anwachsen des Beamtenkörpers bei den Reichsbehörden Einhalt geboten werden könne. Wenn die Stellenvermehrung in der Weise, wie es noch immer geschehe, fortgesetzt werde, könne die finanzielle Leistungsfähigkeit des durch den Friedensschluß veränderten und verschuldeten Reiches dem nicht mehr gewachsen sein, zumal im Hinblick auf die großen Mehrforderungen aus Anlaß der Besoldungsreform. Bei den weiteren Etatsberatungen im Reichsrat werden diese Fragen noch eine erhebliche Rolle spielen.

## Englische und amerikanische Flotten-Neubauten.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

lv Kopenhagen, 5. März.

Nachdem immer wieder behauptet worden war, daß die ausgearbeiteten englischen Kriegsschiffe nicht durch entsprechende Neubauten ersetzt werden sollen, wird man jetzt durch die Mitteilung überrascht, daß England zurzeit 10 neue Kreuzer, 13 Unterseeboote und 17 andere Kriegsfahrzeuge in Auftrag gegeben hat, offenbar um den amerikanischen Flottenrüstungen zu begegnen.

New York, 5. März. (S. U.)

Der Flottenausschuss des Repräsentantenhauses prüft gegenwärtig das Programm des Admirals Bagger, der dafür eintritt, daß die Vereinigten Staaten die größte Flotte der Welt bauen sollten. Das Programm sieht den Bau von zwei neuen Dreadnoughts, einem Schlachtkreuzer, 10 kleinen Kreuzern sowie vielen Zerstörern und Unterseebooten und kleineren Einheiten vor. Die neuen Dreadnoughts sollen das englische Schlachtschiff „Hood“

und ähnliche von den Japanern gebaute Typen ausstechen. Sie sollen eine Wasserverdrängung von 44 000 Tonnen, die Schlachtkreuzer von 32 500 Tonnen und die übrigen Kreuzer von 10 000 Tonnen haben.

## Das Manifest des Obersten Rates.

Drahtmeldungen.

Paris, 5. März. (B. L. B.)

Der „Temps“ veröffentlicht eine offenbar inspirierte Mitteilung, in der gelagt wird, die französische Regierung habe in bezug auf den Inhalt des wirtschaftlichen Manifestes, das der Oberste Rat der Alliierten festgesetzt habe, gewisse Bemerkungen gemacht, die zu einer Abänderung des ursprünglichen Textes geführt hätten. Es sei möglich, daß die Erklärung bald veröffentlicht werden könnte.

mp Rom, 5. März.

Die „Idea Nazionale“ kommentiert den für heute zu erwartenden Aufruf des Obersten Rates an Europa und sagt: „Der Vertrag von Versailles wird formell nicht revidiert, sein Geist ist aber an heutigen Tage gekorrupt. Von heute an beginnt Europa mit der Verwirklichung seiner Reorganisation und der Wiederherstellung des wirtschaftlichen und politischen Gleichgewichts. Der Beweggrund Englands bei dem Versuch, um jeden Preis sich der amerikanischen Kontrolle zu entziehen, ist den Sterlingkurs zu steigern. England liegt mehr an der Neuschaffung seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit als an der deutschen Kriegsentwädigung.“ Nach Sprengung des angelsächsischen Blocks wolle Lloyd George einen Block produzierender europäischer Völker schaffen. Von der Ausnahme dieser neu zu Politik in Amerika hänge die Stellungnahme Frankreichs ab.

## Das Ergebnis der Abstimmung in der ersten Zone.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

lv Kopenhagen, 5. März.

Das amtliche Wahlergebnis über die Abstimmung in der ersten Zone liegt jetzt vor. Von 110 000 Stimmberechtigten haben 91% v. S. ihre Stimme abgegeben, darunter 74,2 v. S. für Dänemark. Die Anzahl der deutschen Stimmen wird auf 26 329 angegeben. 882 Stimmen wurden für ungültig erklärt.

## Korfan's Propaganda.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

mg Breslau, 5. März.

Die polnische Propaganda ist jetzt dem früheren Abgeordneten Korfan'y übertragen worden, der sein Hauptquartier im Hotel „Reichshof“ zu Beuthen aufgeschlagen hat. Er hat überall Zweigbüros eingerichtet, die auch Beschwerden über angebliche deutsche Übergriffe sammeln sollen, doch begegnet die mit recht groben Mitteln geführte Machtschärfer Abrechnung bei der Ententebehörde. So wurde in Beuthen eine Abordnung polnischer Gemeindevorstände nach Anhörung ihrer Klagen wortlos abgewiesen. Ueberhaupt kann man feststellen, daß der größte Teil der Maßnahmen der Kommission, die man bisher als Übergriffe ansah, aus Mangel an Informationen erfolgt sind. Selbst die höchsten Mitglieder waren vollkommen ununterrichtet. So wußte der Direktor des Justizdepartements nicht, daß es in Deutschland Valenrichter gibt und wollte Schöffengerichte einführen, und die Wirtschaftskommissare glaubten es mit einem reinen Ausfuhrlande zu tun zu haben. Mit dem beginnenden Verständnis werden vermutlich auch bald wieder verhältnismäßig geordnete Rechtszustände eintreten.

Der Abgeordnete Jamorski, der Delegierte der polnischen Regierung bei der interalliierten Abstimmungskommission für das Lechener Gebiet, hat seine Demission gegeben. Als sein Nachfolger wird Prof. Stanislaus Orski, ein persönlicher Freund des tschechischen Präsidenten Masaryk, genannt.

## Schleswig-Holstein und Preußen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

g Rendsburg, 5. März.

Oberbürgermeister Dr. Todten erklärt im „Rendsburger Tageblatt“, als Leiter der Landesversammlung in Rendsburg habe er in seiner Eröffnungsansprache hervorgehoben, daß die Einwohner der Versammlung eine Loslösung von Preußen einmütig ablehnen und daß sich die Versammlung seines Erachtens auf den gleichen Boden gestellt habe. In diesem Sinne sei der Beschluß der Versammlung zu verstehen.

## Wirtschafts-Enquête.

Von  
Georg Bernhard.

Das Manifest des Obersten Rates über den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas widmet der Valutabesserung eine ganz besondere Aufmerksamkeit. Aus den einzelnen in Paris aufgestellten Grundsätzen ist allerdings nicht klar erkennbar, welche Maßnahmen empfohlen werden, um für dieses schwierige Problem mit einiger Sicherheit eine richtige Lösung zu finden. Man darf wohl annehmen, daß darüber noch internationale Beratungen gepflogen werden. Damit ist die Abhaltung einer internationalen Valutakonferenz in greifbare Nähe gerückt.

Mit dieser Valutakonferenz würde ein Herzenswunsch der ständigen Valutakommission erfüllt werden, die seit längerer Zeit ihre Zelte im Reichsfinanzministerium aufgeschlagen hat. Die Kommission setzt sich aus Bankiers und Industriellen zusammen, die auch unter der neuen Regierung, ganz wie im ancien régime, weil sie internationale Kredite brauchen oder Devisenarbitrage treiben, ohne weiteres als oberste Sachverständige für alle Schwierigkeiten internationaler valutarischer Fragen gelten. Daß eine solche, mit namhaften Fachmännern des Handels und der Industrie besetzte Kommission für einzelne praktische Valutaforgänge der Regierung guten Rat erteilen kann, wird nicht bestritten. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß unter die ersten Vertreter der Branchen zwei Geschäftsfreunde des Reichsfinanzministers ziemlich willkürlich kooperiert worden sind. Aber den Beweis, daß die Kommission über den Einzelfall hinaus für die grundlegende Regelung der europäischen Währungsverhältnisse Wertvolles zu schaffen vermag, hat sie noch zu erbringen. Bisher war ihrer Weisheit letzter Schluß der Ruf nach der internationalen Valutakonferenz, der nun erhört worden ist.

Aber auf dieser Konferenz soll ja die Weisheit erst beginnen. Welche praktischen Forderungen wird Deutschland auf dieser Konferenz stellen? Bisher ist noch nichts darüber bekannt geworden, daß irgendwelche praktischen Vorschläge von Bedeutung von Seiten der Valutakommission den Regierungsorganen unterbreitet sind. Die auch vom Ausland her propagierten Pläne eines internationalen Clearinghauses für Ein- und Ausfuhrwerte stellen keine Lösungsversuche des Problems, sondern nur Vorschläge dar, durch deren Verwirklichung jede gefundene Lösung erleichtert werden würde. Auch die Forderung, daß Deutschland einen internationalen Kredit haben müsse, kommt dem Kernpunkt nicht nahe. Solch Kredit bedeutet kaum eine Finanzschiebung der Schwierigkeiten und schafft allenfalls nur vorübergehend Erleichterungen.

Gerade die Frage des internationalen Kredites an Deutschland zeigt, wie notwendig es ist, nicht bloß einfach irgendwelche Forderungen zu stellen, sondern bis ins einzelne ausgearbeitete Vorschläge zu machen. Auf der internationalen Konferenz wird dem Verlangen der Deutschen nüchtern und geschäftsmäßig die Frage entgegengestellt werden: welche Bürgschaften habt Ihr zu bieten? Wenn soll der Kredit gewährt werden? Wer garantiert uns für seine verständige Verwendung? Es wäre doch ganz gut, wenn gerade diese Frage nicht bloß vorher in irgend einer Kommission überlegt, sondern vor allem auch der öffentlichen Diskussion unterbreitet würde.

Die Garantie für einen Kredit an Deutschland können nur die in Selbstverwaltungskörpern organisierten deutschen Gewerbe übernehmen. Das Reich bekommt kein Geld, und einzelne Unternehmungen können nur Auslandskredite gegen Verpfändung oder gar teilweisen Verkauf ihrer Produktionsmittel erhalten. Das würde Deutschlands Ausverkauf und Deutschlands dauernde wirtschaftliche Verflabung festsetzen. Aus dieser Betrachtung geht hervor, daß schon die Nebenächlichkeiten des Valutaproblems nicht bloß rein finanziell oder rein währungspolitisch zu betrachten, sondern auch enge Berührung sind mit den Grundfragen des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft. Deshalb war es von Anfang an falsch, eine Valutakommission einzusetzen, die lediglich von einem einzigen Reichsministerium ressortiert, und zwar von demjenigen, das wiederum in erster Linie finanzielle Kompetenzen hat. Erzbergers Drang, immer auf alle Fälle etwas zu tun und durch irgendeine schnelle Tat, die nach außen einen guten Eindruck macht, auch für den Augenblick die Führung an sich zu reißen, hat diese Kommission geboren. Der bevorstehende Wechsel im Reichsfinanzministerium sollte logischerweise zur Folge haben, daß diese Kommission wieder beseitigt und durch eine geeignete Instanz ersetzt wird, die auf breiter Grundlage praktische Richtlinien für die Forderungen Deutschlands auf der Valutakonferenz festlegt.

Man muß sich vor Augen halten, daß namentlich England und Amerika, aber wahrscheinlich auch Frankreich und Italien zu dieser Valutakonferenz ihre besten Spezialisten entsenden, und daß das Auftreten Deutschlands auf dieser Konferenz von größter Bedeutung dafür sein wird, wie das Ausland seinen ernstesten Willen, die ihm durch den Krieg auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen, und die gesamte deutsche wirtschaftliche Zukunft einschätzt. Um dieses erste Wiederauftreten Deutschlands auf einer internationalen Besprechung wirksam vorzubereiten, so daß der deutsche Standpunkt nach jeder Richtung